

AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES
Herausgegeben von der Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 10

FREITAG, DEN 3. FEBRUAR

2017

Inhalt:

	Seite		Seite
Öffentliche Bekanntmachung gemäß § 10 Absätze 3 und 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in Verbindung mit den §§ 8 bis 10 der Neunten Verordnung zur Durchführung des BImSchG (9. BImSchV) – Antrag auf die Änderung des bestehenden Gefahrstofflagers –	165	Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen – Marienburger Allee –	167
Bekanntgabe nach § 3a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)	166	Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen – Hannenstieg –	168
Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen – Insterburger Straße –	167	Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen – Hannenstücken –	168
Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen – Heilsberger Hang –	167	Vertretung der Studierendenschaft der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg	168
Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen – Johannsburger Stieg und Ortelsburger Stieg –	167	Ankündigung der ordentlichen Kammerversammlung 2017 der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer	169

BEKANNTMACHUNGEN

Öffentliche Bekanntmachung gemäß § 10 Absätze 3 und 4 des Bundes- Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in Verbindung mit den §§ 8 bis 10 der Neunten Verordnung zur Durchführung des BImSchG (9. BImSchV) – Antrag auf die Änderung des bestehenden Gefahrstofflagers –

Die Firma IMPERIAL Chemical Logistics GmbH, Schifferstraße 26, 47059 Duisburg, hat am 14. Dezember 2016 bei der zuständigen Behörde für Umwelt und Energie die Änderungsgenehmigung zur Errichtung und den Betrieb der Erweiterung des bestehenden Gefahrstofflagers innerhalb des bestehenden Gebäudes und auf der Freifläche, mit dem Schwerpunkt Lagerung von weiteren giftigen/ sehr giftigen Gasen in drei getrennten Räumen (Halle 6, Compartment T), auf dem Grundstück Altenwerder Hauptstraße 21-23, 21129 Hamburg, Gemarkung Altenwerder, Flurstück 01849, beantragt.

Im bestehenden Gebäude Halle 6 soll innerhalb des Compartments T das bestehende Gefahrstofflager zur Lagerung von toxischen Gasen in drei getrennten Räumen mit

einer Lagerkapazität von 10 t, 31 t und 5 t umgebaut werden. Das verbleibende Restcompartment T soll zukünftig für die ausschließliche Lagerung von nicht brennbaren und nicht toxischen Gasen genutzt werden.

Auf der bisherigen Freifläche werden zwei Freilagerbereiche (Stabgitterkäfige) zur Einlagerung für entzündbare Gase (nicht toxisch, nicht oxidierend) und für den Einzelstoff Silan (Monosilan, extrem entzündbares Gas) geschaffen.

Die Möglichkeit der Einlagerung von MDI (Diphenylmethandiisocyanat) auch in einer Menge größer als 200 t in den bestehenden Compartments A und B in der Halle 8 wird geschaffen.

Für den Einzelstoff Siliziumfluorid, einzulagern im Raum W1, wird die zulässige Gebindegröße auf 30 kg angehoben.

Die Luftzuführung der bestehenden Lagerräume W1 und W2 wird von Ansaugen von außen durch die Giebelwand auf Ansaugen aus dem Compartment W geändert.

Das Vorhaben bedarf einer Genehmigung nach §§ 10, 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in Verbindung mit den Nummern 9.1.2, 9.1.1.2, 9.2.2, 9.3.2 in Verbindung mit Anhang 2 Nummer 12 und Nummer 26 alle Verfahrensart V und den Nummern 9.2.1, 9.3.1 in Ver-

bindung mit Anhang 2 Nummern 27, 29 und Nummer 30 alle Verfahrensart G des Anhangs 1 zur Vierten Verordnung zur Durchführung des BImSchG (4. BImSchV). Die Antragstellerin hat für die Errichtungsarbeiten den vorzeitigen Beginn nach § 8 a BImSchG beantragt.

Gemäß § 3 c UVPG Absatz 1 Sätze 1 und 2 (allgemeine und standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles) war zu prüfen, ob das oben genannte Vorhaben erhebliche nachteilige Auswirkungen haben kann. Das Prüfergebnis ergab: Keine Pflicht zur Erstellung einer UVP und keine Pflicht zur Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 9 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).

Für die genannten Rechtsgrundlagen ist der Wortlaut der jeweils geltenden Fassung maßgeblich.

I.

Auslegung

Der Genehmigungsantrag mit den jeweils dazugehörigen Unterlagen einschließlich der Gutachten und Unterlagen für die Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalles liegt vom 14. Februar 2017 bis einschließlich 13. März 2017 an der folgenden Stelle zu den angegebenen Zeiten zur Einsicht aus: Behörde für Umwelt und Energie, Amt für Immissionsschutz und Betriebe, Neuenfelder Straße 19, Zimmer F.04.305, 21109 Hamburg, montags bis donnerstags 8.00 Uhr bis 15.00 Uhr, freitags 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr.

Darüber hinaus können die Antragsunterlagen im Internet unter der Adresse <http://www.hamburg.de/anlagene-genehmigung> eingesehen werden.

II.

Einwendungen

Einwendungen gegen das Vorhaben können vom 14. Februar 2017 bis zwei Wochen nach Ablauf der angegebenen Auslegungsfrist, also bis zum 28. März 2017, schriftlich bei der oben genannten Dienststelle erhoben werden. Nach Ablauf dieser Frist eingehende Einwendungen sind ausgeschlossen, soweit sie nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen. Der Ausschluss von Einwendungen gilt nicht für ein sich gegebenenfalls anschließendes behördliches Widerspruchsverfahren sowie in gerichtlichen Verfahren.

Einwendungen, die von mehr als 50 Personen entweder auf Unterschriftenlisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Einwendungen), müssen einen Unterzeichner mit seinem Namen, seinem Beruf und seiner Anschrift als gemeinsamen Vertreter der übrigen Unterzeichner bezeichnen. Gleichförmige Einwendungen, die diese Angaben nicht deutlich sichtbar auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite enthalten, sowie Einwendungen mit fehlenden oder unleserlichen Namen oder Adressangaben werden nicht berücksichtigt.

Die Einwendungen werden der Antragstellerin und den von ihrem Aufgabenbereich berührten Behörden bekannt gegeben. Auf Verlangen der Einwenderin oder des Einwenders werden deren/dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe unkenntlich gemacht, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind.

III.

Erörterungstermin

Die Erörterung der form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen, soweit dies für die Prüfung der Genehmi-

gungsvoraussetzungen von Bedeutung sein kann, findet am Mittwoch, dem 26. April 2017, von 9.00 Uhr bis etwa 18.00 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg, Mengestraße 20, 21107 Hamburg, statt.

Die form- und fristgerecht erhobenen Einwendungen zum Antrag auf eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung werden auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert. Der Erörterungstermin ist öffentlich. Im Einzelfall kann aus besonderen Gründen die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Erörtert wird das Vorhaben mit dem Antragsteller, den beteiligten Behörden und den Personen, die form- und fristgerecht Einwendungen erhoben haben.

Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch eine öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Hamburg, den 3. Februar 2017

Die Behörde für Umwelt und Energie
– Amt für Immissionsschutz und Betriebe –

Amtl. Anz. S. 165

Bekanntgabe nach § 3 a des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Die HafenCity Hamburg GmbH hat im Auftrag der Billebogen Entwicklungsgesellschaft mbh & Co. KG mit Datum vom 14. Juni 2016 beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Fachamt Management des öffentlichen Raumes, MR 13 – Plangenehmigungsbehörde –, die förmliche Zulassung für die Erschließung „Neuer Huckepackbahnhof“ die Herstellung eines Gewässers II. Ordnung (Retentionsgraben) beantragt. Diese beinhaltet den Neubau eines Retentionsgrabens mit einer dauerhaften Wasserfläche.

Das Vorhaben stellt einen Gewässerausbau nach § 68 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) in Verbindung mit § 48 des Hamburgischen Wassergesetzes (HWAoG) dar, für den nach der Anlage 1 Nummer 13.18.2 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in Verbindung mit Nummer 1.18.1 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Hamburg (HmbUVPG) eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalles notwendig ist.

Die Vorprüfung des Einzelfalles gemäß UVPG in Verbindung mit dem HmbUVPG hat ergeben, dass für das beantragte Vorhaben eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nicht besteht (§ 3 a, c UVPG). Das Vorhaben kann nach überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlich formulierten Kriterien nach Einschätzung der Plangenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit dem Fachbereich Naturschutz im bezirklichen Fachamt Management des Öffentlichen Raumes keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 12 UVPG bei der Entscheidung über die Zulassung zu berücksichtigen wären.

Die Feststellung über das Absehen von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung ist gemäß § 3 a UVPG nicht selbstständig anfechtbar.

Hamburg, den 25. Januar 2017

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 166

Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen - Insterburger Straße -

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Bramfeld, Ortsteil 515, belegene Wegefläche Insterburger Straße (Flurstück 4615 [2613 m²]), von Königsberger Straße bis Hirsekamp verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Der Verbindungsweg vor Haus Nummer 1 a bis Bramfelder Chaussee verlaufend wird mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Fußgänger- und Radfahrverkehr gewidmet.

Der räumliche Geltungsbereich der Widmung ergibt sich aus dem Lageplan (gelb markierter Bereich), der Bestandteil dieser Verfügung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 16. Januar 2017

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 167

Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen - Heilsberger Hang -

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Bramfeld, Ortsteil 515, belegene Wegefläche Heilsberger Hang (Flurstück 4617 [1766 m²]), von Marienwerder Straße bis Hirsekamp verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Der räumliche Geltungsbereich der Widmung ergibt sich aus dem Lageplan (gelb markierter Bereich), der Bestandteil dieser Verfügung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 16. Januar 2017

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 167

Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen - Johannsburger Stieg und Ortelsburger Stieg -

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen werden die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Bramfeld, Ortsteil 515, belegenen Wegeflächen Johannsburger Stieg (Flurstück 4464 [579 m²]), vom Hohnerkamp bis etwa 80 m nordwestlich, und Ortelsburger Stieg (Flurstück 4465 [648 m²]), vom Hohnerkamp bis etwa 90 m nordwestlich verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Der räumliche Geltungsbereich der Widmung ergibt sich aus dem Lageplan (gelb markierte Bereiche), der Bestandteil dieser Verfügung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegeflächen liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 16. Januar 2017

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 167

Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen - Marienburger Allee -

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen werden die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Bramfeld, Ortsteil 515, belegenen Wegeflächen Marienburger Allee (Flurstücke 3852, 7744 jeweils teilweise, 6338 und 990), vom Nüßlerkamp bis Friedländer Straße von dort bis Anderheitsallee und weiter bis Berner Chaussee verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Der räumliche Geltungsbereich der Widmung ergibt sich aus den Lageplänen (gelb markierte Bereiche), die Bestandteil dieser Verfügung sind.

Die Pläne über den Verlauf der oben genannten Wegeflächen liegen für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes

Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 17. Januar 2017

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 167

Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen – Hannenstieg –

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen werden die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung Bramfeld, Ortsteil 515, belegenen Wegeflächen Hannenstieg (Flurstücke 4683 und 1064 teilweise), von Marienburger Allee bis Hohnerkamp und von dort bis Hannenstücken verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die acht Wohnwege, die vor den Häusern Nummern 1-15, 17-21, 18-32, 25-31, 34-46, 35-39, 48-60 und 62-74 verlaufen, werden mit sofortiger Wirkung für den öffentlichen Fußgängerverkehr gewidmet.

Die Verfügung der Widmung vom 17. Juli 1969 wird aufgehoben.

Der räumliche Geltungsbereich der Widmung ergibt sich aus dem Lageplan (gelb markierte Bereiche), der Bestandteil dieser Verfügung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegeflächen liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 17. Januar 2017

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 168

Beabsichtigung einer Widmung von Wegeflächen – Hannenstücken –

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen werden die im Bezirk Wandsbek, Gemarkung

Bramfeld, Ortsteil 515, belegenen Wegeflächen Hannenstücken (Flurstück 1081 [2428 m²]), vom Hohnerredder bis Berner Chaussee verlaufend, mit sofortiger Wirkung dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Der räumliche Geltungsbereich der Widmung ergibt sich aus dem Lageplan (gelb markierter Bereich), der Bestandteil dieser Verfügung ist.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Geschäftszimmer des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek, Am Alten Posthaus 2, Zimmer 215, 22041 Hamburg, zur Einsichtnahme für jedermann öffentlich aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll des Fachamtes Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Wandsbek vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 17. Januar 2017

Das Bezirksamt Wandsbek

Amtl. Anz. S. 168

Vertretung der Studierendenschaft der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg

Folgende Personen sind gemäß § 21 der Satzung der Studierendenschaft der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg vom 4. Mai 2011 (Amtl. Anz. 2012 S. 1877) zur Vertretung der Studierendenschaft berechtigt:

Allgemeiner Studierendenausschuss:

Christoffer Bethmann
Martina Anna Cierpial
Cedric Becker
Christian Jung
Sabrina Schmötsch
Christoph Lescow
Philipp Widera
Marie-Jeanne Finke
Arkadiusz Andruszkiewicz
Michael Knappe

1. Vorsitzender:
Christoffer Bethmann

2. Vorsitzende:
Martina Anna Cierpial

1. Finanzreferent:
Cedric Becker

2. Finanzreferent:
Christian Jung

Hamburg, den 27. Januar 2017

**AStA der Hochschule für
Angewandte Wissenschaften Hamburg**

Amtl. Anz. S. 168

Ankündigung der ordentlichen Kammerversammlung 2017 der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer

Zur ordentlichen Kammerversammlung des Jahres 2017, die am

**Dienstag, dem 25. April 2017, 18.00 Uhr,
in der Handwerkskammer Hamburg,
Saal 304, Holstenwall 12, 20355 Hamburg,**

stattfinden soll, lade ich Sie herzlich ein.

Der Kammervorstand hat beschlossen, als Gastredner für den öffentlichen Teil der diesjährigen Kammerversammlung

Herrn Prof. Dr. Andreas von Arnould einzuladen, der

**„Zur aktuellen Obergrenzendiskussion
– was rechtlich geht und was nicht“**

sprechen wird.

Ich sehe folgende Tagesordnung vor:

1. Jahresbericht des Vorstandes
2. Rechnungslegung des Vorstandes über die Einnahmen und Ausgaben der Kammer sowie über die Verwaltung des Vermögens im Jahr 2016 (§ 73 Abs. 2 Nr. 7 BRAO)
3. Bericht der Rechnungsprüfer
4. Prüfung der Abrechnung des Vorstandes über die Einnahmen und Ausgaben der Kammer sowie über die Verwaltung des Vermögens im Jahr 2016; Beschlussfassung über die Entlastung des Kammervorstandes (§ 89 Abs. 2 Nr. 6 BRAO)
5. Verabschiedung des aktualisierten Haushaltsplanes für das Jahr 2017 (§ 89 Abs. 2 Nr. 4 BRAO)
6. Verabschiedung des Haushaltsplanes für das Jahr 2018 und Beschlussfassung über den Kammerbeitrag für das Jahr 2018 (§ 89 Abs. 2 Nrn. 2 und 4 BRAO)
7. Änderung der Gebührenordnung: Erhöhung der Gebühren für die Prüfung zur Erlangung der Qualifikation zur Geprüften Rechtsfachwirtin/zum Geprüften Rechtsfachwirt; Übertragung der Befugnis zum Gebührenerlass auf den Schatzmeister
8. Neuwahl eines Rechnungsprüfers
9. Behandlung der weiteren gestellten Anträge
10. Verschiedenes

Zu den einzelnen Themen teile ich mit:

Zu TOP 6:

Der Kammerbeitrag für das Jahr 2017 ist (einschließlich der Kosten für das beA) auf 348,00 Euro festgesetzt worden. Zusätzlich wird für 2017 eine Ausbildungsumlage für die anwaltsbezogene Ausbildung der Referendare in Höhe von 6,00 Euro erhoben.

Die Kammerversammlung hat letztes Jahr beschlossen, das Kammervermögen nicht weiter abzuschmelzen. Aufgrund strikter Haushaltsdisziplin ist dies im Jahr 2016 auch gelungen.

Der Kammervorstand wird den Haushalt und die Planung noch weiter diskutieren und der Kammerversammlung in der Einladung zur Kammerversammlung einen Vorschlag für den Kammerbeitrag 2018 auf der Grundlage der dann bekannten Umstände unterbreiten.

Zu TOP 7:

Im Jahr 2016 ist die Vergütung für die Prüfer bei der Abnahme der Fortbildungsprüfung zur Rechtsfachwirtin/zum Rechtsfachwirt erhöht worden. Deshalb muss die in § 4 der Gebührenordnung der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer festgeschriebene Prüfungsgebühr für diese Fortbildungsprüfung und möglicherweise auch die Gebühr für jede Wiederholungsprüfung ebenfalls erhöht werden. Der Vorstand wird in der Einladung zur Kammerversammlung einen Vorschlag für die neue Prüfungsgebühr unterbreiten.

Die vorgenannte Änderung soll auch genutzt werden, um in der Gebührenordnung auch festzuschreiben, dass der Schatzmeister über den Erlass von Gebühren allein entscheiden darf.

Zu TOP 8:

Gemäß § 11 der Geschäftsordnung der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer wählt die Kammerversammlung zwei Kammermitglieder als Rechnungsprüfer. Die Amtszeit beträgt vier Jahre.

Zuletzt hat die Kammerversammlung 2015 zwei Rechnungsprüfer gewählt. Einer der beiden, Herr Rechtsanwalt Eckhard Wolter, der das Amt des Rechnungsprüfers viele Jahre ausgeübt hat, beabsichtigt, sein Amt kurz vor der Kammerversammlung 2017 nach zwei Jahren Amtszeit vorzeitig niederzulegen.

Es ist deshalb ein neuer Rechnungsprüfer mit einer Amtszeit von vier Jahren zu wählen.

Alle Mitglieder sind aufgerufen, Vorschläge für die Nachfolge zu unterbreiten. Für diese Vorschläge gelten die Regeln über Wahlvorschläge aus § 1 Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer nicht; die Vorschläge für einen neuen Rechnungsprüfer müssen also nicht vorher schriftlich eingereicht werden.

Wichtige Allgemeine Hinweise

Alle Kammermitglieder werden hiermit aufgefordert, Gegenstände und Anträge für die Tagesordnung einzubringen. Anträge zur Tagesordnung müssen in Textform bis

24. Februar 2017

beim Kammervorstand entweder bis 16.00 Uhr in der Kammergeschäftsstelle oder über die gemeinsame Annahmestelle im Ziviljustizgebäude bis 24.00 Uhr eingegangen sein (§ 1 Abs. 2 der Geschäftsordnung). Die Anschrift des Kammervorstandes lautet:

**Hanseatische Rechtsanwaltskammer,
Valentinskamp 88, 20355 Hamburg.**

Nach Ablauf der genannten Frist zu deren Einreichung erhalten Sie wie üblich die gemäß § 1 Abs. 4 der Geschäftsordnung vorgesehene formelle Einladung zur Kammerversammlung (Einberufung), mit der die endgültige Tagesordnung sowie die innerhalb der oben genannten Frist eingegangenen Gegenstände und Anträge bekannt gemacht werden.

Hamburg, den 24. Januar 2017

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
gez. Otmar Kury
– Präsident –

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Offenes Verfahren (EU) [VgV]

- A) Name und Anschrift der zur Angebotsabgabe auffordernden Stelle, der den Zuschlag erteilenden Stelle sowie der Stelle, bei der die Angebote oder Teilnahmeanträge einzureichen sind
 Finanzbehörde Hamburg
 Gänsemarkt 36, 20354 Hamburg, Deutschland
- B) Art der Vergabe
 Offenes Verfahren (EU) [VgV]
- C) Form, in der Teilnahmeanträge oder Angebote einzureichen sind
 Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen.
- D) Art und Umfang der Leistung sowie der Ort der Leistung
 Glas- und Gebäudereinigung im Hansa Gymnasium Bergedorf, Hermann-Distel-Straße 25, 21029 Hamburg, für die Zeit ab dem 1. Juli 2017 bis auf weiteres.
- E) Entfällt
- F) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten
 Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- G) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist
 Von: 1. Juli 2017 – Bis: bis auf weiteres.
- H) Die Bezeichnung und die Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können
 Submissionssstelle Finanzbehörde, Hauptgeschäftsstelle,
 Gänsemarkt 36 (Raum 100), 20354 Hamburg
 Telefon: +49/40/42823-1380
 Telefax: +49/40/42823-1402
- I) Die Teilnahme- oder Angebots- und Bindefrist
 Teilnahme- oder Angebotsfrist:
 16. Februar 2017, 10.00 Uhr
 Bindefrist: 30. Juni 2017
- J) Entfällt
- K) Entfällt
- L) Entfällt
- M) Entfällt
- N) Die Angabe der Zuschlagskriterien, sofern diese nicht in den Vergabeunterlagen genannt werden
 Freie Verhältniswahl Preis/Leistung

Hamburg, den 20. Januar 2017

Die Finanzbehörde

81

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
 Einkauf/Vergabe,
 Ausschreibungsmanagement VOB (U 42)
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Telefax: 040/42731-0143,
 E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Schulburgring 4, 21031 Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH VOB ÖA 021-17 TG**

Beim dem Sanierungsobjekt Gymnasium Bornbrook, Schulburgring 4 im Stadtteil Lohbrügge handelt es sich um ein 1974 fertiggestelltes, dreigeschossiges Gebäude. Die Geschosse sind zweiflügelig im Split-Levelprinzip angeordnet. Abmessungen des Gebäudes über alles (L/B/H): ca. 115 x 30 x 15 m.

Dieses Hauptgebäude wird vollständig und flächendeckend in 5 Bauabschnitten saniert bzw. modernisiert.

Neben erforderlichen Brandschutzmaßnahmen werden Umstrukturierungen im Grundriss erfolgen. Die Schule erhält zudem einen neuen Vorplatz, den es bislang so nicht gab. Da der Schulbetrieb während aller fünf Bauabschnitte fortgeführt werden muss, stehen mobile Container als Ersatzräumlichkeiten für Lehrer und Verwaltung während der gesamten Maßnahme zur Verfügung.

Malerarbeiten

8.700 m² GK+MW-Wandflächen spachteln

1.800 m² Vlies auf Wandflächen kleben

10.250 m² Wandflächen streichen

2.200 m² GK-Decke ungelocht streichen

1.500 m² GK-Decke gelocht streichen

1.800 lfd. m Decken-Randfries streichen

50 Stk. vorh. Zargen streichen

75 Stk. neue Zargen streichen

50 Stk. vorh. Türblätter streichen

200 Stk. Heizkörper streichen

HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

g) Entfällt

h) Entfällt

i) **Bauabschnitt 1:** Baubeginn: ca. 31. März 2017
 Bauende: ca. 24. April 2017

Bauabschnitt 2: Baubeginn: ca. 12. Oktober 2017
 Bauende: ca. 16. November 2017

Bauabschnitt 3: Baubeginn: ca. 10. August 2017
 Bauende: ca. 15. August 2017

Bauabschnitt 4: Baubeginn: ca. 27. Juli 2018
 Bauende: ca. 6. September 2018

Bauabschnitt 5: Baubeginn: ca. 27. Juli 2018
 Bauende: ca. 2. August 2018

j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter <http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/bauleistungen/>

Hinter dem Wort „LINK“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt. Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt nicht.

l) Entfällt

m) Entfällt

- n) Die Angebote können bis zum 14. Februar 2017 bis 10.00 Uhr eingereicht werden.
- o) Anschrift:
SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe
Ausschreibungsmanagement VOB (U 42),
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
- p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
- q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 14. Februar 2017 um 10.00 Uhr.
Anschrift: siehe Buchstabe o).
Bei der Submission zugelassene Personen:
Bieter und ihre Bevollmächtigten.
- r) Siehe Vergabeunterlagen.
- s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
- t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
- u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.
Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer
oder
- Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend),
 - Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
 - Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
 - Umsätze aus den letzten drei Jahren (2013, 2014, 2015),
 - mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als drei Jahre,
- und
- gültige Freistellungsbescheinigung.
- Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
- v) Die Zuschlagsfrist endet am 16. März 2017.
- w) Beschwerdestelle:
FB SBH | Schulbau Hamburg,
Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 -01 37
- x) Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf den folgenden Homepages veröffentlicht:
SBH Homepage:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
und Zentrale Veröffentlichungsplattform:
<http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/bauleistungen/>
Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt.

Hamburg, den 20. Januar 2017

Die Finanzbehörde

82

Öffentliche Ausschreibung

- a) SBH | Schulbau Hamburg,
Einkauf/Vergabe,
Ausschreibungsmanagement VOB (U 42)
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Telefax: 040/4 27 31 -01 43,
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
- b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).
- c) Entfällt
- d) Öffentliche Ausschreibung
- e) Holmbrock 10-12, 22083 Hamburg
- f) Vergabenummer: **SBH VOB ÖA 023-17 IE**
Der Ersatzneubau der Schule Hirtenweg befindet sich im Bezirk Altona in der Straße Holmbrock. Hier erfolgt ein Anbau für Kinder mit Behinderungen. Der eingeschossige Baukörper hat eine NGF von ca. 1250m², bestehend aus einem Foyer, einer Aula, Klassenräumen, einer Aufwärmküche und einem Wirtschaftsbereich.
Hier:
Los 1: Elektroinstallation
Los 2: Trockenbauarbeiten
Los 3: Estricharbeiten
HINWEIS: Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- g) Entfällt
- h) **Los 1: Elektroinstallation**
- ca. 9.000 m Verkabelung
 - ca. 28 Stück Sicherheitsleuchten
 - ca. 12 Stück Motorpakete für RWA und Lüftungsfenster
 - ca. 250 Stück Schalter und Einbaudosen
- Los 2: Trockenbauarbeiten**
- ca. 70 m² Vorsatzschalen/Abkofferungen
 - ca. 750 m² Akustikdecken
 - ca. 100 m² GK-Decken
- Los 3: Estricharbeiten**
- ca. 1150 m² Wärmedämmschichten
 - ca. 750 m² Zementestrich
 - ca. 400 m² Heizestrich
- i) Ausführungsbeginn: Los 1: ca. 24. April 2017
Los 2: ca. 18. April 2017
Los 3: ca. 12. Juni 2017
Ausführungsende: Los 1: ca. 15. September 2017
Los 2: ca. 21. Juli 2017
Los 3: ca. 30. Juni 2017
- j) Nebenangebote sind nicht zugelassen.
- k) Die Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter <http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/bauleistungen/>
Hinter den Wörtern „LINK Los 1“, „LINK Los 2“ und „LINK Los 3“ sind dort die Vergabeunterlagen für die hier ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt. Es erfolgt kein Versand der Vergabeunterlagen per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während des Verfahrens werden ebenfalls auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform bekannt gemacht. Ein Versand per E-Mail erfolgt nicht.

- l) Entfällt
 m) Entfällt
 n) Die Angebote können für Los 1 bis zum 17. Februar 2017 bis 10.00 Uhr, für Los 2 bis zum 17. Februar 2017 bis 10.30 Uhr und für Los 3 bis zum 17. Februar 2017 bis 11.00 Uhr eingereicht werden.
 o) Anschrift:
 SBH | Schulbau Hamburg,
 Einkauf/Vergabe
 Ausschreibungsmanagement VOB (U 42),
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg
 p) Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen.
 q) Die Eröffnung der Angebote findet statt für Los 1 am 17. Februar 2017 um 10.00 Uhr, für Los 2 am 17. Februar 2017 um 10.30 Uhr und für Los 3 am 17. Februar 2017 um 11.00 Uhr.
 Anschrift: siehe Buchstabe o).
 Bei der Submission zugelassene Personen:
 Bieter und ihre Bevollmächtigten.
 r) Siehe Vergabeunterlagen.
 s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.
 t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.
 u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen.
 Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer
 oder
 – Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift bzw. Nachweis des Eintrags in der Handwerkerrolle zum Nachweis der Fachkunde (gültig und den aktuellen Stand abbildend),
 – Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate),
 – Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate),
 – Umsätze aus den letzten drei Jahren (2013, 2014, 2015),
 – mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen, nicht älter als drei Jahre,
 und
 – gültige Freistellungsbescheinigung.
 Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.
 v) Die Zuschlagsfrist endet am 20. März 2017.
 w) Beschwerdestelle:
 FB SBH | Schulbau Hamburg,
 Frau Gertrud Theobald, Geschäftsführerin
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Telefax: 040/42731-0137
 x) Anfragen von Bietern werden in anonymisierter Form nebst Beantwortung auf den folgenden Homepages veröffentlicht:
 SBH Homepage:
<http://www.hamburg.de/fb/sbh-ausschreibungen/>
 und Zentrale Veröffentlichungsplattform:

<http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/bauleistungen/>

Informationen werden per Post, Telefax oder elektronisch übermittelt.

Hamburg, den 27. Januar 2017

Die Finanzbehörde

83

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Richtlinie 2014/24/EU

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) Name und Adressen

Freie und Hansestadt Hamburg,
 FB SBH | Schulbau Hamburg Einkauf/Vergabe,
 An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
 Deutschland

Kontaktstelle(n): Einkauf/Vergabe

Telefax: +49/40/42731-0143

E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

NUTS-Code: DE600

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.hamburg.de/schulbau/>

I.2) Gemeinsame Beschaffung

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter:

<http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/5796092/lieferungen-und-leistungen/>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5) Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

ABSCHNITT II: GEGENSTAND

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Neubau der STS Kirchwerder im Kirchenheerweg, Hamburg, Los 1 TA gem. § 53 ff HOAI ALG 1-3+7 und Ing.bauwerke gem. § 41 ff HOAI; Los 2 TA gem. § 53 ff HOAI ALG 4-6+8; Los 3 TWP gem. § 49 ff HOAI.

Referenznummer der Bekanntmachung:
 SBH VgV VV 004-17 PP

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71240000

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zum 1. Januar 2013 gemäß § 26 (1) Landeshaushaltsordnung den Landesbetrieb SBH | Schulbau Hamburg (nachstehend SBH genannt) gegrün-

det. Dieser Landesbetrieb hat die Aufgabe, Schulimmobilien unter Berücksichtigung der schulischen Belange nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu planen, zu bauen, zu unterhalten und zu bewirtschaften und die mehr als 400 Schulen an die Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) zu vermieten. Die Schulimmobilien umfassen sämtliche für schulische Zwecke genutzten Grundstücke und Gebäude der staatlichen und beruflichen Schulen. Die Grundstücksfläche beträgt 9.100.000 m² und die Hauptnutzungsfläche etwa 3.100.000 Mio. m².

In dieser Tätigkeit wurde Schulbau Hamburg mit der Realisierung des Neubaus der Stadtteilschule Kirchwerderam Standort Kirchenheerweg, Hamburg beauftragt.

Im Weiteren siehe II.2.4.

- II.1.5) Geschätzter Gesamtwert
Wert ohne MwSt.: 1.220.000,- Euro
- II.1.6) Angaben zu den Losen
Aufteilung des Auftrags in Lose: ja
Angebote sind möglich für alle Lose
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:
Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI ALG 1-3, 7 und Ingenieurbauwerke gem. § 41 ff HOAI
Los-Nr.: 1
- II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s): 71240000
- II.2.3) Erfüllungsort
NUTS-Code: DE600
Hauptort der Ausführung: Hamburg.
- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:
Der neue Schulstandort soll für ca. 1000–1100 Schülerinnen und Schüler und ca. 100 Lehrkräfte konzipiert werden und zukünftig den gesamten Flächenbedarf der Stadtteilschule aufnehmen. Insgesamt sind mit dem Neubau ca. 12.170 m² NRF gem. DIN 277 zu entwickeln. Davon entfallen ca. 10.315 m² NRF auf den reinen Schulneubau und 1855 m² NRF auf eine 3-Feld-Sporthalle. Die Fertigstellung des Neubaus und die Übergabe an den Nutzer sind für das 4. Quartal 2020 vorgesehen. Das vorläufige Gesamtinvestitionsvolumen für die Maßnahme beträgt ca. 16.800.000,- Euro netto (KG 300 + 400 gem. DIN 276).
Für die Objektplanungsleistungen wurde 2016 ein hochbaulicher Wettbewerb ausgelobt, der voraussichtlich im Februar 2017 entschieden wird.
Die zu vergebenden Leistungen für LOS 1 bestehen aus:
- Leistungsphase 2 Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI ALG 1-3, 7 und Ingenieurbauwerke gem. § 41 ff HOAI;
 - Leistungsphasen 3-8 Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI ALG 1-3, 7 und Ingenieurbauwerke gem. § 41 ff HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen);
 - Weitere besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI ALG 1-3, 7 und Ingenieurbauwerke gem. § 41 ff HOAI als optionale Beauf-

tragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

Vertreter der Schule, Vertreter des Bezirks sowie die Projektsteuerung nehmen ggf. in beratender Funktion bzw. in der Funktion eines Sachverständigen an den Angebotsverhandlungen teil.

Die Vergabestelle lässt sich in der operativen Umsetzung dieses VgV-Verfahrens durch D&K drost consult GmbH, Hamburg, unterstützen und beratend begleiten.

- II.2.5) Zuschlagskriterien
Die nachstehenden Kriterien
Qualitätskriterium – Name:
Fachlicher Wert/Gewichtung: 20
Qualitätskriterium – Name:
Qualität/Gewichtung: 30
Qualitätskriterium – Name:
Kundendienst/Gewichtung: 10
Qualitätskriterium – Name:
Ausführungszeitraum/Gewichtung: 10
Kostenkriterium – Name:
Preis/Honorar/Gewichtung: 30
- II.2.6) Geschätzter Wert
Wert ohne MwSt.: 472.000,- Euro
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems
Laufzeit in Monaten: 39
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden
Geplante Mindestzahl: 3
Höchstzahl: 5
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert.
Die Auswahl für Los 1 erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Technischen Ausrüstung und Ingenieurbauwerke eingereichten 2 besten Referenzprojekte, welche innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1.1.2011) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sind, jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-4 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-3 Punkte) und jeweils die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 20 Punkte erreicht werden. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens.

- Die Erfahrung aus vergleichbaren Projekten zeigt, dass auf Grund der verstärkten Bautätigkeit der Bewerberkreis für die ausgeschriebene Leistung zurzeit sehr eingeschränkt ist. Um einen größeren Teilnehmerkreis ansprechen zu können und damit einen ausreichenden Wettbewerb zu gewährleisten, wird der in § 46 Abs. 3 VgV vorgegebene Zeitraum von höchstens 3 Jahren auf einen Betrachtungszeitraum von 6 Jahren erhöht. Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl gemäß § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: ja
Beschreibung der Optionen:
– Leistungsphasen 3-8 Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI ALG 1-3, 7 und Ingenieurbauwerke gem. § 41 ff HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen);
– Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI ALG 1-3, 7 und Ingenieurbauwerke gem. § 41 ff HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).
- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:
Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI Anlagegruppen 4-6 und 8
Los-Nr.: 2
- II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s): 71240000
- II.2.3) Erfüllungsort
NUTS-Code: DE600
Hauptort der Ausführung: Hamburg.
- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:
Maßnahmentext siehe II.2.4) Los 1.
Für Los 2 wird kein Lösungsvorschlag abgefordert.
- Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:
- Leistungsphase 2 Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI ALG 4-6 und 8;
 - Leistungsphasen 3-8 Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI ALG 4-6 und 8 als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen);
 - Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI ALG 4-6 und 8 als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).
- II.2.5) Zuschlagskriterien
Die nachstehenden Kriterien
Qualitätskriterium – Name:
Fachlicher Wert/Gewichtung: 20
Qualitätskriterium – Name:
Qualität/Gewichtung: 30
Qualitätskriterium – Name:
Kundendienst/Gewichtung: 10
Qualitätskriterium – Name:
Ausführungszeitraum/Gewichtung: 10
Kostenkriterium – Name:
Preis/Honorar/Gewichtung: 30
- II.2.6) Geschätzter Wert
Wert ohne MwSt.: 342.000,- Euro
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems
Laufzeit in Monaten: 39
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden
Geplante Mindestzahl: 3
Höchstzahl: 5
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert.
Die Auswahl für Los 2 erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Technischen Ausrüstung eingereichten 2 besten Referenzprojekte, welche innerhalb der vergangenen 6 Jahre (Stichtag 1.1. 2011) mit dem Abschluss der Leistungsphase 8 und einer Übergabe an die Nutzer realisiert worden sind, jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-2 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte) und jeweils die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 14 Punkte er-

- reicht werden. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens.
- Die Erfahrung aus vergleichbaren Projekten zeigt, dass auf Grund der verstärkten Bautätigkeit der Bewerberkreis für die ausgeschriebene Leistung zurzeit sehr eingeschränkt ist. Um einen größeren Teilnehmerkreis ansprechen zu können und damit einen ausreichenden Wettbewerb zu gewährleisten, wird der in §46 Abs. 3 VgV vorgegebene Zeitraum von höchstens 3 Jahren auf einen Betrachtungszeitraum von 6 Jahren erhöht.
- Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl gemäß §75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.
- II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein
- II.2.11) Angaben zu Optionen
Optionen: ja
Beschreibung der Optionen:
– Leistungsphasen 3-8 Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI ALG 4-6 und 8 als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen);
– Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI ALG 4-6 und 8 als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).
- II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen
- II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union
Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein
- II.2.14) Zusätzliche Angaben
Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.1) Bezeichnung des Auftrags:
Tragwerksplanung gem. § 49 ff HOAI
Los-Nr.: 3
- II.2.2) Weitere(r) CPV-Code(s): 71240000
- II.2.3) Erfüllungsort
NUTS-Code: DE600
Hauptort der Ausführung: Hamburg.
- II.2.4) Beschreibung der Beschaffung:
Maßnahmentext siehe II.2.4) Los 1.
Die zu vergebenden Leistungen bestehen aus:
– Leistungsphase 2 Tragwerksplanung gem. § 49 ff HOAI
- Leistungsphasen 3-6 Tragwerksplanung gem. § 49 ff HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen);
– Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der Tragwerksplanung gem. § 49 ff HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).
- II.2.5) Zuschlagskriterien
Die nachstehenden Kriterien
Qualitätskriterium – Name:
Fachlicher Wert/Gewichtung: 15
Qualitätskriterium – Name:
Qualität/Gewichtung: 40
Qualitätskriterium – Name:
Kundendienst/Gewichtung: 10
Qualitätskriterium – Name:
Ausführungszeitraum/Gewichtung: 5
Kostenkriterium – Name:
Preis/Honorar/Gewichtung: 30
- II.2.6) Geschätzter Wert
Wert ohne MwSt.: 382.000,- Euro
- II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems
Laufzeit in Monaten: 39
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein
- II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden
Geplante Mindestzahl: 3
Höchstzahl: 5
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:
Alle Bewerber, die einen Teilnahmeantrag fristgerecht eingereicht haben und die formellen Mindestkriterien/-anforderungen erfüllen, sind für die Wertung der Auswahlkriterien zugelassen. Der Auftraggeber wählt anhand der erteilten Auskünfte über die Eignung der Bewerber sowie anhand der Auskünfte und Formalien, die zur Beurteilung der von diesen zu erfüllenden wirtschaftlichen und technischen Mindestanforderungen erforderlich sind, unter den Bewerbern, die nicht ausgeschlossen wurden und die die genannten Anforderungen erfüllen, diejenigen aus, die er zur Verhandlung auffordert.
Die Auswahl für Los 3 erfolgt anhand der für den Leistungsbereich der Tragwerksplanung eingereichten 2 besten Referenzprojekte, welche innerhalb der vergangenen 3 Jahre (Stichtag 1.1.2014) mit der der Leistungsphase 6 abgeschlossen worden sind, jeweils in den Kriterien vergleichbare Größe (0-2 Punkte), vergleichbare Bauaufgabe (0-3 Punkte), vergleichbares Leistungsbild (0-2 Punkte) und jeweils die Vorlage eines Referenzschreibens oder Referenzbestätigung vom Bauherren (0-1 Punkt). Insgesamt können mit den Referenzen zusammen maximal 16 Punkte erreicht werden. Näheres hierzu siehe Abschnitt 3. des Auswahlbogens.
Der bei der Auswahl verwendete Auswahlbogen mit den formalen Kriterien, Mindestanforderungen und Auswahlkriterien wird zusammen mit

dem Bewerbungsbogen zur Verfügung gestellt. Erfüllen mehrere Bewerber gleichermaßen die Anforderungen und ist die Bewerberzahl nach einer objektiven Auswahl entsprechend der zu Grunde gelegten Kriterien zu hoch, behält sich die Vergabestelle vor, die Teilnehmeranzahl gemäß § 75 (6) VgV unter den verbliebenen Bewerbern zu lösen.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote
Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

- Leistungsphasen 3-6 Tragwerksplanung gem. § 49 ff HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen);
- Besondere Leistungen in allen Leistungsphasen der Tragwerksplanung gem. § 49 ff HOAI als optionale Beauftragung durch Bestimmung des AG (ggf. in noch von dem Auftraggeber festzulegenden Stufen).

II.2.12) Angaben zu elektronischen Katalogen

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und dem Auftraggeber ein Ansprechpartner benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Mit dem Teilnahmeantrag sind pro Los folgende Unterlagen und Erklärungen abzugeben:

- ausgefüllter Bewerberbogen, anzufordern bei der genannten Kontaktstelle;
- Anlage 1A: Nachweis über die Eintragung im Berufs- bzw. Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (Kopie);
- Anlage 1B: Erklärung zur Zuverlässigkeit (Vordruck);
- Anlage 1C: Erklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen (Vordruck);
- Anlage 1D: Erklärung Verpflichtung gem. Verpflichtungsgesetz (Vordruck);
- Anlage 1E: Erklärung zur Tariftreue und zur Zahlung eines Mindestlohnes gemäß Hamburgisches Vergabegesetz (Vordruck);

(Für Los 1 und Los 2)

- Anlage 1F: Bevollmächtigung des Vertreters bei Bietergemeinschaften (Vordruck);
- Anlage 1G: Angaben zu Auftragsteilen in einer Bietergemeinschaft (Vordruck);

- Anlage 1H: Erklärung über eine gesonderte Versicherung für Bietergemeinschaften (Vordruck);

- Anlage 1I: Erklärung über die Leistungsbereitstellung bei Unterauftragnehmern (Vordruck);

- Anlage 2A: Bescheinigung über eine abgeschlossene Berufshaftpflichtversicherung mit den unter III.1.2 genannten Deckungssummen (Kopie) oder den Nachweis über die Anhebung gemäß Ziffer III.1.2. Bei Bietergemeinschaften siehe Ziffer III.1.2;

- Anlage 3A: Nachweis der beruflichen Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung (Kopie);

- Anlage 3B: Nachweis der beruflichen Qualifikation der Projektleitung (Studiennachweis);

- Anlage 3C1/3C2: Darstellung von 2 vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen der Technischen Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI (siehe II.2.9, III.1.3) mit Referenzschreiben.

- Für Los 1 Anlage 3C1/3C2: Darstellung von 2 vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen der Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI ALG 1-3, 7 und Ingenieurbauwerke gem. § 41 ff HOAI

- Für Los 2 Anlage 3C1/3C2: Darstellung von 2 vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen der Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI ALG 4-6, 8 und Ingenieurbauwerke gem. § 41 ff HOAI

- Für Los 3 Anlage 3C1/3C2: Darstellung von 2 vergleichbaren Referenzprojekten für Leistungen der Tragwerksplanung gem. § 49 ff HOAI.

Die aufgezählten Nachweise müssen aktuell (bis auf Kammerurkunden, Diplom-Urkunden und Referenzschreiben) nicht älter als 12 Monate und noch gültig sein. Mehrfachbeteiligungen in personellidentischer Form werden nicht zugelassen. Bewerbungen per E-Mail sind nicht zulässig. Die Bewerbungsfrist ist zwingend einzuhalten. Die geforderten Unterlagen sind bei Bietergemeinschaften für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für die Leistung nachweisen muss, die es übernehmen soll; die Aufteilung ist anzugeben. Bei Bewerbungen mit Unterauftragnehmern sind die geforderten Unterlagen für den Bewerbersowie für alle Unterauftragnehmer vorzulegen.

Ausländische Bewerber können an der Stelle der geforderten Eignungsnachweise auch vergleichbare Nachweise vorlegen. Sie werden anerkannt, wenn die nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Staates, in dem das Unternehmen ansässig ist, erstellt wurden. Bestätigungen in anderen als der deutschen Sprache sind in Übersetzung vorzulegen.

Das Format der Unterlagen darf DIN A3 nicht überschreiten. Die einzureichenden Unterlagen bitte deutlich sichtbar mit Ziffern und Buchstaben in der im Bewerbungsbogen vorgegebenen Reihenfolge kennzeichnen.

Für die geforderten Angaben sind die Vordrucke sowie der Bewerbungsbogen auszufüllen. Diese Unterlagen sind unter der folgenden Adresse herunterzuladen:

<http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/5796092/lieferungen-und-leistungen/>

Es sind nur Bewerbungen mit vollständig ausgefülltem und unterschriebenem Bewerbungsbogen sowie der beigefügten Vordrucke und den darin geforderten Angaben und Anlagen einzureichen. Der Bewerberbogen und die Vordrucke sind in den Originalen an den gekennzeichneten Stellen zu unterschreiben. Im Übrigen siehe Verfahrenshinweise.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Aktueller Nachweis (nicht älter als 12 Monate und noch gültig) der Berufshaftpflichtversicherung (mind. 1.500.000 EUR für Personenschäden, mind. 500.000 EUR für sonstige Schäden). Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

Die ausgewählten Bieter müssen zur Angebotsabgabe den Nachweis über eine Berufshaftpflichtversicherung (mit mind. 3.000.000 EUR für Personenschäden, mind. 1.000.000 EUR für sonstige Schäden) erbringen. Die schriftliche Bestätigung der Versicherung der Bieter die Berufshaftpflicht im Auftragsfall auf die geforderten Höhen anzuheben ist als Nachweis ausreichend. Es ist der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt.

Mit den Bewerbungsunterlagen ist eine Erklärung der Bietergemeinschaft einzureichen, im Auftragsfall eine zusätzliche Versicherung gemeinsam mit allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft abzuschließen. Eine Eigenerklärung ist als Nachweis zulässig. Die Eigenerklärung ist von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft zu unterzeichnen.

Versicherungsnachweise bei Bietergemeinschaften müssen von jedem Mitglied einzeln und jeweils in voller Deckungshöhe nachgewiesen werden. Es ist pro Los der Nachweis zu erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistung mindestens das Zweifache der Versicherungssumme beträgt, d.h. die Versicherung muss bestätigen, dass für den Fall, dass bei dem Bewerber mehrere Versicherungsfälle in einem Jahr eintreten (z.B. aus Verträgen mit anderen Auftraggebern), die Obergrenze für die Zahlungsverpflichtung der Versicherung bei mindestens dem Zweifachen der obenstehenden Versicherungssummen liegt.

Sofern in Bietergemeinschaft bzw. mit Unterbeauftragungen angeboten wird, muss die Jahresgesamtsumme aller Bieter der Gemeinschaft bzw. inkl. der Unterauftragnehmer zusammen den genannten Mindestwert erreichen. In der Erklärung sind die Umsatzzahlen jeweils pro Mitglied der Bietergemeinschaft oder Unterbeauftragung einzeln anzugeben.

Um auch Berufsanfängern die Möglichkeit der Teilnahme am Verhandlungsverfahren zu eröffnen, sieht § 45 Abs. 5 VgV aus berechtigten Gründen (z.B. erst vor Kurzem erfolgte Unternehmensgründung) vor, dass die Leistungsfähigkeit durch andere, als geeignet erachtete Belege nachgewiesen werden kann (z.B. über die Höhe des Haftungskapitals, Bürgschaftserklärungen Dritter o. ä.).

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Los 1: Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI ALG 1-3, 7 und Ingenieurbauwerke gem. § 41 ff HOAI in den letzten 3 Geschäftsjahren (je Jahr; 2013, 2014; 2015). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 450.000 EUR (netto) erreichen.

Los 2: Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI ALG 4-6 und 8 in den letzten 3 Geschäftsjahren (je Jahr; 2013, 2014; 2015). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 300.000 EUR (netto) erreichen.

Los 3: Erklärung über den Teilumsatz des Bewerbers für den Leistungsbereich Tragwerksplanung gem. § 49 ff HOAI in den letzten 3 Geschäftsjahren (je Jahr; 2013, 2014; 2015). Der durchschnittliche Jahresteilumsatz muss mindestens 350.000 EUR (netto) erreichen.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

(A) Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung:

Los 1: Ingenieur/-in gem. § 75 (2) VgV;

Los 2: Ingenieur/-in gem. § 75 (2) VgV;

Los 3: Ingenieur/-in gem. § 75 (2) VgV.

(B) Nachweis der beruflichen Befähigung des Bewerbers, der für die Leistung vorgesehenen Personen, hier:

Los 1: Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Technische Ausrüstung (mindestens FH) für die Leistung Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI und abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Ingenieurbauwerke (mindestens FH) gem. § 41 ff;

Los 2: Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Technische Ausrüstung (mindestens FH) für die Leistung Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI;

Los 3: Abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Bauingenieurwesen (mindestens FH) für die Leistung Tragwerksplanung gem. § 49 ff HOAI.

(C) Für Los 1 Nachweis der erbrachten Leistungen für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI Anlagengruppe 1-3 und 7:

Liste der wesentlichen in den letzten max. 6 Jahren (Stichtag: 1.1.2011) erbrachten Leistungen unter Angabe:

- der Projektbezeichnung;
- der Kosten in der Kostengruppe 400 (in EUR; netto);
- der Größe (BGF nach DIN 277)
- des (öffentlichen/privaten) Auftraggebers (inkl. Nennung des Ansprechpartners mit Kontaktdaten);
- des Leistungszeitraums;
- der ausgeführten Leistungsphasen;
- der bearbeiteten Anlagengruppen;
- ob es sich bei dem Projekt um eine Neubaumaßnahme handelt;

- ob es sich bei dem Projekt um eine Versammlungsstätte handelt;
- ob das Projekt mit einem Zertifizierungssystem wie DGNB Gold oder gleichwertig zertifiziert wurde;
- ob das Projekt einen Neubau von naturwissenschaftlichen Räumen beinhaltet.

Für Los 2 Nachweis der erbrachten Leistungen für den Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI Anlagengruppe 4-6 und 8: Liste der wesentlichen in den letzten max. 6 Jahren (Stichtag: 1.1.2011) erbrachten Leistungen unter Angabe:

- der Projektbezeichnung;
- der Kosten in der Kostengruppe 400 (in EUR; netto);
- der Größe (BGF nach DIN 277)
- des (öffentlichen/privaten) Auftraggebers (inkl. Nennung des Ansprechpartners mit Kontaktdaten);
- des Leistungszeitraums;
- der ausgeführten Leistungsphasen;
- der bearbeiteten Anlagengruppen;
- ob es sich bei dem Projekt um eine Neubaumaßnahme handelt;
- ob das Projekt mit einem Zertifizierungssystem wie DGNB Gold oder gleichwertig zertifiziert wurde.

Für Los 3 Nachweis der erbrachten Leistungen für den Leistungsbereich Tragwerksplanung gem. § 49 ff HOAI:

Liste der wesentlichen in den letzten max. 3 Jahren (Stichtag: 1.1.2014) erbrachten Leistungen unter Angabe:

- der Projektbezeichnung;
- der Kosten in der Kostengruppe 300+400 (in EUR; netto);
- der Größe (BGF nach DIN 277);
- des (öffentlichen/privaten) Auftraggebers (inkl. Nennung des Ansprechpartners mit Kontaktdaten);
- des Leistungszeitraums;
- der ausgeführten Leistungsphasen;
- ob es sich bei dem Projekt um eine Neubaumaßnahme handelt;
- ob bei der Baumaßnahme eine Tiefgründung ausgeführt wurde;
- ob es sich bei der Baumaßnahme um ein vergleichbares Bauwerk mit einer Spannweite von mindestens 22 m handelt.

Aus den eingereichten Referenzen soll die Qualifikation des Bewerbers hinsichtlich Erfahrung mit vergleichbaren Projekten ersichtlich werden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

D) Angabe der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter (inklusive Führungskräfte) mit der entsprechenden fachlichen Qualifikation der letzten drei Jahre (je Jahr 2014, 2015, 2016).

Für Los 1 sind im Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI ALG 1-3, 7 mind. 3 Ingenieure bzw. Absolventen der Fachrichtung Technische Ausrüstung (mind. FH) inkl. Büroin-

haber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Jahre nachzuweisen.

Für Los 1 sind im Leistungsbereich Ingenieurbauwerke gem. § 41 ff HOAI mind. 2 Ingenieure bzw. Absolventen der Fachrichtung Ingenieurbauwerke (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Jahre nachzuweisen.

Für Los 2 sind im Leistungsbereich Technische Ausrüstung gem. § 53 ff HOAI ALG 4-5 und 8 mind. 3 festangestellte Ingenieure bzw. Absolventen der Fachrichtung Technische Ausrüstung (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Jahre nachzuweisen.

Für Los 3 sind im Leistungsbereich Tragwerksplanung gem. § 49 ff HOAI mind. 4 festangestellte Ingenieure bzw. Absolventen der Fachrichtung Bauingenieurwesen (mind. FH) inkl. Büroinhaber, Geschäftsführer etc. im Durchschnitt der letzten 3 Jahre nachzuweisen.

E) Mit den Referenzen ist zwingend eine Erfahrung mit öffentlichen Auftraggebern nachzuweisen.

III.1.5) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Los 1: Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (2) VgV.

Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 53 ff HOAI und § 41 ff HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

Los 2: Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (2) VgV.

Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 53 ff HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

Los 3: Geforderte Berufsqualifikation gem. § 75 (2) VgV.

Als Berufsqualifikation wird der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 49 ff HOAI gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

Die Durchführung der Leistungen soll gem. § 73 (3) unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

Der Auftragnehmer sowie sämtliche mit der Ausführung befassten Beschäftigten desselben werden nach Maßgabe des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2.3.1974, geändert durch

das Gesetz vom 15.8.1974, durch die zuständige Stelle der Auftraggeberin gesondert verpflichtet.

- III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

- IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

- IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

- IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

- IV.1.6) Angaben zur elektronischen Auktion

- IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben

- IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

- IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 20. Februar 2017

Ortszeit: 14.00 Uhr

- IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Anforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

- IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:
Deutsch

- IV.2.6) Bindefrist des Angebots

- IV.2.7) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Bekanntmachung sowie Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

[http://www.hamburg.de/
lieferungen-und-leistungen/579602/
lieferungen-und-leistungen/](http://www.hamburg.de/lieferungen-und-leistungen/579602/lieferungen-und-leistungen/)

Hinter dem Wort „LINK“ sind dort pro Los die Bewerbungsunterlagen für die hier jeweils ausgeschriebene Leistung zum Download kostenfrei hinterlegt.

Es erfolgt kein Versand der Bewerbungsunterlagen per Post oder E-Mail.

Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase werden nur in anonymisierter Form auf der vorgenannten Plattform sowie auf der folgenden Homepage veröffentlicht:

<http://www.hamburg.de/fb/vgv-ausschreibungen/>

Ein Versand der Fragen und Antworten während der Bewerbungsphase per E-Mail erfolgt nicht.

Weitere vorläufige Termine des dem Teilnahmewettbewerb anschließenden Verhandlungsverfahrens: Versendung der Angebotsaufforderung für Los 1 12. KW, Los 2 13. KW und Los 3 14. KW 2017; Einreichung der Honorarangebote für Los 1 in der 17. KW, für Los 2 in der 18. KW und für Los 3 in der 19. KW 2017; Verhandlungsgespräche für Los 1 in der 19. KW, für Los 2 und Los 3 in der 20. KW 2017.

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

- VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen Hamburg
Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg,
Deutschland
Telefax: +49/40/42731-0499

- VI.4.2) Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

- VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Die Vergabekammer leitet gemäß § 160 Abs. 1 GWB ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 1-4 GWB unzulässig, soweit

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat;

2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

- VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

SBH | Schulbau Hamburg, Rechtsabteilung U 1,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de
Telefax: +49/40/42731-0143

- VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

20. Januar 2017

Hamburg, den 26. Januar 2017

Die Finanzbehörde

Sonstige Mitteilungen

Öffentliche Ausschreibung

Auftraggeber:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Vergabenummer: **GMH VOB ÖA 001-17 PF**

Verfahrensart: Öffentliche Ausschreibung

Bezeichnung des Auftrags:

Alter Postweg 30-38, 21075 Hamburg

Bauftrag:

Das Friedrich-Ebert-Gymnasium benötigt aufgrund von Umstrukturierungen des Bestandes eine zusätzliche Einfeld-Sporthalle, die auf dem nördlichen Geländeteil am Böschungshang zur Bissingstraße positioniert wird.

Das Grundstück des Friedrich-Ebert-Gymnasium befindet sich in Hamburg-Harburg. Die Baumaßnahme umfasst den vollständigen Neubau. Die BGF beträgt ca. 660 m². Die Baustelle wird über die Feuerwehrezufahrt entlang des Sportplatzes vom Alten Postweg angedient, die beengte Zuwegung ist zu berücksichtigen.

Beginn und Abschluss der gesamten Baumaßnahme voraussichtlich März 2017 bis November 2017.

hier: GU-Gesamtleistung

Leistungsumfang:

Erstellung des mängelfreien, kompletten, betriebsbereiten und ohne Einschränkungen funktionstüchtigen Neubaus der Einfeld-Sporthalle des Friedrich-Ebert-Gymnasiums in schlüsselfertiger Form, einschließlich aller hierfür notwendigen Planungen, Lieferungen und Leistungen.

Voraussichtlicher Ausführungszeitraum:

Baubeginn: ca. März 2017, Bauende: ca. November 2017

Schlussstermin für die Einreichung der Angebote:

22. Februar 2017, 10.00 Uhr

Kontaktstelle:

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH

Einkauf/Vergabe

Telefax: 040/4 27 31 - 01 43

Einkauf@gmh.hamburg.de

Die Bekanntmachung erreichen Sie unter:

[http://www.gmh-hamburg.de/
unternehmen/ausschreibungen.html](http://www.gmh-hamburg.de/unternehmen/ausschreibungen.html)

Bekanntmachung sowie die Vergabeunterlagen finden Sie auf der Zentralen Veröffentlichungsplattform unter:

[http://www.hamburg.de/
bauleistungen/5796074/baueistungen/](http://www.hamburg.de/bauleistungen/5796074/baueistungen/)

Auskunftserteilungen werden ausschließlich auf den Plattformen bekannt gemacht.

Hamburg, den 24. Januar 2017

GMH | Gebäudemanagement Hamburg GmbH 85

Gläubigeraufruf

Der Verein **Sportschützenverein Berne von 1971 e.V.**, Geschäftsstelle: Kriegkamp 31, 22145 Hamburg, ist zum 31. Dezember 2016 aufgelöst worden. Zu Liquidatoren wurden Herr Peter Böhm, Bisamweg 12, 22159 Hamburg und Herr Martin Bartsch, Kathenkoppel 38 c, 22159 Hamburg, bestellt. Die Gläubiger werden gebeten, ihre Ansprüche bei dem Verein anzumelden.

Hamburg, den 31. Dezember 2016

Die Liquidatoren

86

Gläubigeraufruf

Die Justizbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg hat als die für die Stiftungsaufsicht zuständige Behörde mit Verfügung vom 11. Januar 2017 gemäß § 7 Absatz 3 des Hamburgischen Stiftungsgesetzes vom 14. Dezember 2005 (HmbGVBl. S. 521) auf Antrag die Auflösung der Stiftung **HERMANN-RIEBESEL-STIFTUNG** mit Sitz in der Freien und Hansestadt Hamburg genehmigt. Die Auflösung der Stiftung wird gemäß § 50 des Bürgerlichen Gesetzbuches hiermit bekannt gegeben. Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei Herrn Manfred Achner, Föhrenholtweg 7, 21149 Hamburg, geltend zu machen.

Hamburg, den 18. Januar 2017

Der Liquidator

Manfred Achner

87

Gläubigeraufruf

Der Verein **Unternehmerverband der Elbvororte e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 19125) mit Sitz in Hamburg, ist zum 31. Dezember 2016 aufgelöst worden. Zu Liquidatoren wurden Herr Markus Krohn, Bramweg 31, 22589 Hamburg, Frau Christiane Bülow, Knospweg 17, 22589 Hamburg und Herr Dirk Pretzel, Agnesstraße 14, 22301 Hamburg, bestellt. Die Gläubiger des Vereins werden gebeten, ihre Ansprüche direkt beim Verein (Anschrift: Bramweg 31, 22589 Hamburg) anzumelden.

Hamburg, den 20. Januar 2017

Die Liquidatoren

88